

 11.12.2014 16:26 Uhr

"Gegen-Aufruf" im Ukraine-Konflikt

Osteuropa-Experten sehen Russland als Aggressor

Mehr als 100 Osteuropaexperten aus Wissenschaft, Politik und Medien widersprechen den 60 Unterzeichnern des Russland-Aufrufs. Sie betonen, dass Moskau in dem Konflikt als Aggressor auftritt, und mahnen, die territoriale Integrität der Ukraine nicht zu opfern. Der Aufruf im Wortlaut und die Unterzeichner:



Russische Kampfflugzeuge bei einer Parade auf der Krim. Die Osteuropa-Experten sehen Russland als Aggressor im Ukraine-Konflikt. - FOTO: DPA

Friedenssicherung statt Expansionsbelohnung

Aufruf von über 100 deutschsprachigen OsteuropaexpertInnen zu einer realitätsbasierten statt illusionsgeleiteten Russlandpolitik

Am 5. Dezember 2014 veröffentlichten 60 prominente deutsche Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft und Kultur den Aufruf „Wieder Krieg in Europa? Nicht in unserem Namen!“ Obwohl es in diesem Text um die deutsche Russland- und Ukrainepolitik geht, nimmt kaum eine/r der UnterzeichnerInnen an der aktuellen Osteuropaforschung oder Ukraineberichterstattung teil.

Vielmehr haben die meisten der Unterzeichnenden nur geringe Expertise zum postsowjetischen Raum, wenig relevante Rechercheerfahrung und offenbar keine Spezialkenntnisse zur Ukraine sowie den jüngsten Ereignissen dort. Dies ist kein Zufall.

Die überwältigende Mehrheit der sich aus wissenschaftlicher, zivilgesellschaftlicher oder journalistischer Perspektive mit dem heutigen Ukrainekonflikt auseinandersetzenden deutschen Forscherinnen, Aktivisten und Reporterinnen sind sich in ihrem Urteil einig: es

gibt in diesem Krieg einen eindeutigen Aggressor, und es gibt ein klar identifizierbares Opfer. So wie die Defekte anderer einst okkupierter Staaten nicht den verbrecherischen Charakter ihrer Besetzungen relativieren, können die Unzulänglichkeiten des ukrainischen politischen Systems nicht gegen die russische Annexion der Krim und notdürftig verschleierte Intervention in der Ostukraine aufgerechnet werden.

Wenn sich Moskau von der EU und/oder NATO bedroht fühlt, sollte es diesen Streit mit Brüssel austragen. Die Ukraine ist weder Mitglied dieser Organisationen, noch führt sie Beitrittsverhandlungen mit ihnen. Nichtsdestoweniger führt Russland mit Hinweis auf eine angebliche Gefahr aus dem Westen einen bereits tausende Todesopfer, Verstümmelte, Traumatisierte und Vertriebene fordernden „hybriden Krieg" im Donezbecken.

In ihrem Aufruf raten die 60 Persönlichkeiten: „Die deutsche Regierung geht keinen Sonderweg, wenn sie in dieser verfahrenen Situation auch weiterhin zur Besonnenheit und zum Dialog mit Russland aufruft." Frühere Erfahrungen sollten Berlin vorsichtig machen: Im Sommer 2008 entstand im Kaukasus eine ähnlich „verfahrene Situation" infolge Russlands faktischer Kündigung des EU-vermittelten russisch-georgischen Friedensabkommens. Obwohl Moskau dessen wichtigsten Punkt, die Rückführung seiner Truppen aus den georgischen Regionen Abchasien und Südossetien, nicht erfüllte, schlug die Bundesrepublik wenige Wochen darauf Russland eine „Modernisierungspartnerschaft" vor. Später folgten die EU und meisten ihrer Mitgliedsstaaten dem deutschen Beispiel. Die russischen Truppen stehen bis heute in Georgien.

Das Verhalten des Kremls stellte 2008 bereits eine Wiederholungstat dar, wie auch die damalige deutsche Reaktion auf die russische Okkupation georgischer Gebiete ein Déjà-vu auslöste. 2001 lud Deutschland Wladimir Putin zu einer vielgefeierten Rede in den Bundestag ein. Damals war allerdings bereits absehbar, dass Russland seinen vertraglich zugesicherten Truppenrückzug aus der moldauischen Region Transnistrien nicht umsetzen würde. 2003 offerierte Brüssel dem Kreml Verhandlungen zu einem neuen Kooperationsvertrag mit der EU. Die russischen Truppen stehen bis heute in der Republik Moldau.



Zwischen Diplomatie und Konfrontation. Bundeskanzlerin Angela Merkel und Russlands Präsident Wladimir Putin. - FOTO: DPA

Die 60 Persönlichkeiten schreiben in ihrem Aufruf: „Jeder außenpolitisch versierte Journalist wird die Furcht der Russen verstehen, seit NATO-Mitglieder 2008 Georgien und die Ukraine einluden, Mitglieder im Bündnis zu werden." Außenpolitisch versierte Journalisten werden sich erinnern, dass damals circa 3% der Bevölkerung der Russischen Föderation, einen NATO-Beitritt der Ukraine und Georgiens als Hauptgefahr für ihr Land ansahen. Die NATO lehnte – auf Drängen vor allem Deutschlands und mit Blick auf Warnungen Russlands – auf ihrem 20. Bukarester Gipfel Anfang April 2008 die Mitgliedsanträge Georgiens und der Ukraine zunächst ab.

Beiden Staaten ist seither von Moskau die territoriale Integrität aberkannt worden. Die ebenfalls von den Kremlmedien diffamierten ehemaligen Sowjetrepubliken Estland und

Lettland haben ihre großen russischsprachigen Minderheiten restriktiver als die Ukraine behandelt. Die baltischen Staaten sind jedoch seit 2004 NATO-Mitglieder und haben daher ihre territoriale Integrität sowie friedliche Entwicklung bewahren können.

Halbwahrheiten, von denen einige kaum kaschierte Verleumdungen des ukrainischen Volkes darstellen, sind zuhauf in der deutschen Öffentlichkeit im Umlauf. Ob es um die Sprachensituation oder Minderheitenpolitik, den Rechtsextremismus oder politischen Umbruch in der Ukraine geht: Fehlinformationen und tendenziöse Interpretationen zur Ukraine haben sich infolge oberflächlicher Recherchen und häufiger Wortmeldungen von Kremlsprechern in Fernsehdiskussionen zur Ukraine in den Köpfen vieler festgesetzt.

Deutsche Osteuropapolitik sollte auf Erfahrungswerten, Faktenwissen und Analyseergebnissen und nicht auf Pathos, Geschichtsvergessenheit und Pauschalurteilen basieren. Niemand ist auf militärische Konfrontation mit Russland aus oder möchte den Dialog mit dem Kreml abbrechen. Die territoriale Integrität der Ukraine, Georgiens und Moldaus kann jedoch nicht der „Besonnenheit" deutscher (und österreichischer) Russlandpolitik geopfert werden.

Frieden sollte ohne Waffen und nicht durch die Legitimation ihres offensiven Einsatzes geschaffen werden. Dem Export der illiberalen Gesellschaftsvorstellungen des Kremls in die EU sollte in unserem eigenen Interesse entgegengewirkt werden. Eine wichtige Säule des weltweiten Nichtverbreitungsregimes für Atomwaffen, das Budapester Memorandum, sollte im Namen unserer Kinder und Kindeskinder aufrechterhalten werden.

Die Ukrainische Sowjetrepublik verlor zwischen 1941 und 1944 mindestens fünf Millionen Menschen. Über zwei Millionen Ukrainer wurden als Zwangsarbeiter nach Deutschland verschleppt. Etwa vier Millionen ukrainische Rotarmisten nahmen an der Niederschlagung des Dritten Reiches teil. Gerade wir Deutschen können nicht abermals die Augen verschließen, wenn es um die Souveränität einer postsowjetischen Republik, ja um das Überleben des ukrainischen Staates geht.

Die Unterzeichner:

Sabine Adler, Deutschlandradio Warschau

Hannes Adomeit, ehemals Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin

Vera Ammer, Memorial Deutschland, Berlin

Martin Aust, Ludwig-Maximilians-Universität München

Klaus Bachmann, Sozial- und Geisteswissenschaftliche Universität Warschau

Mariano Barbato, Universität Passau

Marieluise Beck, Deutscher Bundestag, Berlin

Klaus Bednarz, ehemals ARD-Büro Moskau

Jan-Claas Behrends, Zentrum für Zeithistorische Forschung, Potsdam

Timm Beichelt, Europa-Universität Viadrina, Frankfurt/Oder

Tilman Berger, Eberhard-Karls-Universität Tübingen

Dietrich Beyrau, Eberhard-Karls-Universität Tübingen

Florian Bieber, Karl-Franzens-Universität Graz

Katrin Boeckh, Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Regensburg

Tim Bohse, Deutsch-Russischer Austausch, Berlin

Falk Bomsdorf, ehemals Friedrich-Naumann-Stiftung, Moskau

Hans-Jürgen Bömelburg, Justus-Liebig-Universität Gießen

Thomas Bremer, Westfälische Wilhelms-Universität Münster

Ulf Brunnbauer, Universität Regensburg

Karsten Brüggemann, Universität Tallinn

Timm Büchner, Integrate Climate UG, Berlin

Lars Bünger, Libereco – Partnership for Human Rights, Zürich

Viola von Cramon-Taubadel, Grüne Osteuropa-Plattform, Göttingen

Claudia Dathe, Eberhard-Karls-Universität Tübingen

Andreas Decker, Memorial Deutschland, München

Klaus-Helge Donath, „Die Tageszeitung“, Moskau

Heike Dörrenbächer, ehemals Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde, Berlin

Gesine Drews-Sylla, Eberhard-Karls-Universität Tübingen

Wolfgang Eichwede, ehemals Universität Bremen

Tobias Ernst, Fachübersetzer Russisch / Ukrainisch, Stuttgart

Liana Fix, Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik, Berlin

Tobias Flessenkemper, Südosteuropa-Gesellschaft, Nizza

Jörg Forbrig, German Marshall Fund of the United States, Berlin

Annette Freyberg-Inan, Technische Universität Darmstadt

Helmut Frick, ehemals Auswärtiges Amt, Berlin

Juliane Fürst, Universität Bristol

Mischa Gabowitsch, Einstein Forum, Potsdam

Caroline von Gall, Universität zu Köln

Klaus Gestwa, Eberhard-Karls-Universität Tübingen

Christoph Giesel, Friedrich-Schiller-Universität Jena

Luciano Gloor, Kulturprogramm der „Östlichen Partnerschaft“, Kiew

Witold Gnauck, Deutsch-Polnische Wissenschaftsstiftung, Frankfurt/Oder

Frank Golczewski, Universität Hamburg

Tobias Grill, Ludwig-Maximilians-Universität München

Hanno Gundert, n-Ost Netzwerk für Osteuropa-Berichterstattung, Berlin

Michael Hagemeister, Ruhr-Universität Bochum

Steffen Halling, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin

Lars Handrich, DIW econ GmbH, Berlin

Rebecca Harms, Europäisches Parlament, Brüssel/Strasbourg

Anne Hartmann, Ruhr-Universität Bochum

Guido Hausmann, Ludwig-Maximilians-Universität München

Nicolas Hayoz, Universität Fribourg

Andre Härtel, Friedrich-Schiller-Universität Jena

Andreas Heinemann-Grüder, Georg-Eckert-Institut, Braunschweig

Felix Heinert, Herder-Institut für historische Ostmitteleuropaforschung, Marburg

Marlene P. Hiller, ehemals Geschichtsmagazin „Damals“, Badenweiler

Mieste Hotopp-Riecke, Institut für Caucasica-, Tatarica- und Turkestan-Studien, Berlin

Hubertus Jahn, Universität Cambridge

Sabine Jenni, Eidgenössische Technische Hochschule Zürich

Jürgen Jerger, Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Regensburg

Wilfried Jilge, Universität Leipzig

Andreas Kappeler, Universität Wien

Walter Kaufmann, Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin

Peter Koller, Grüne Osteuropa-Plattform Berlin

Miriam Kosmehl, Friedrich-Naumann-Stiftung, Kiew

Irma Kreiten, ehemals Eberhard-Karls-Universität Tübingen

Katharina Kucher, Eberhard-Karls-Universität Tübingen

Sergey Lagodinsky, Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin

Nico Lange, Konrad-Adenauer-Stiftung, Berlin

Manuel Leppert, Stiftung Ettersberg, Weimar

Markus Löning, Liberal International, Berlin

Heinz-Dietrich Löwe, ehemals Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg

Otto Luchterhandt, ehemals Universität Hamburg

Marian Luschnat, Universität Hamburg

Markus Lux, Robert Bosch Stiftung, Stuttgart

Martin Malek, Landesverteidigungsakademie Wien

Markus Mathyl, Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Regensburg

Markus Meckel, Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Berlin

Stefan Melle, Deutsch-Russischer Austausch, Berlin

Jakob Mischke, Westfälische Wilhelms-Universität Münster

Michael Moser, Universität Wien

Uwe Neumärker, Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas, Berlin

Dietmar Neutatz, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg im Breisgau

Andrej Novak, Grüne Osteuropa-Plattform, Nürnberg

Ferdinand Pavel, DIW econ GmbH, Berlin

Christian Pletzing, Academia Baltica, Sankelmark

Nikolaj Plotnikov, Ruhr-Universität Bochum

Susanne Pocai, Humboldt-Universität zu Berlin

Gerd Poppe, ehemals Deutscher Bundestag, Berlin

Jakob Preuss, Dokumentarfilmer, Berlin

Detlev Preuße, ehemals Konrad-Adenauer-Stiftung, Sankt Augustin

Edgar von Radetzky, Memorial Deutschland, Berlin

Boris Reitschuster, „Focus“, Moskau

Felix Riefer, Lew Kopelew Forum, Köln

David Rinnert, Grüne Osteuropa-Plattform, Glasgow

Stefan Rohdewald, Justus-Liebig-Universität Gießen

Maren Rohe, Junge Europäische Föderalisten, Bonn

Heike Roll, Universität Duisburg-Essen

Erich Röper, Westfälische Wilhelms-Universität Münster

Claudia Sabic, Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt/Main

Manuel Sarrazin, Deutscher Bundestag, Berlin

Karol Sauerland, Pommersche Akademie Stolpe

Schamma Schahadat, Eberhard-Karls-Universität Tuebingen

Stefanie Schiffer, „Kiewer Gespräche“, Berlin

Judith Schifferle, Philosophicum Basel

Felix Schimansky-Geyer, Kiewer Mohyla-Akademie

Frank Schimmelfennig, Eidgenössische Technische Hochschule Zürich

Karl Schlögel, ehemals Europa-Universität Viadrina, Frankfurt/Oder

Carmen Schmidt, Universität zu Köln

Henrike Schmidt, Freie Universität Berlin

Winfried Schneider-Deters, ehemals Friedrich-Ebert-Stiftung, Kiew

Anna Schor-Tschudnowskaja, Sigmund Freud Privat Universität Wien

Gunda Schumann, Zentrum für Internationale Friedenseinsätze, Berlin

Christoph Schulz, MitOst Verein für Sprach- und Kulturaustausch in Osteuropa, Berlin

Werner Schulz, ehemals Europäisches Parlament, Brüssel/Strasbourg

Diana Siebert, Initiative Demokratische Ukraine, Köln

Jens Siegert, Heinrich-Böll-Stiftung, Moskau

Gerhard Simon, ehemals Universität zu Köln

Susanne Spahn, freie Journalistin, Berlin

Stephan Stach, Universität Leipzig

Martin Stein, Freie Universität Berlin

Kai Struve, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

Susan Stewart, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin

Wolfgang Templin, ehemals Heinrich-Böll-Stiftung, Warschau

Hartmute Trepper, ehemals Forschungsstelle Osteuropa Bremen

Stefan Troebst, Universität Leipzig

Andreas Umland, Institut für Euroatlantische Kooperation, Kiew (Redakteur des Aufrufs)

Ricarda Vulpius, Ludwig-Maximilians-Universität München

Bodo Weber, Democratization Policy Council, Berlin

Elisabeth Weber, Lew Kopelew Forum, Köln

Tobias Weihmann, Deutsch-Belarusische Gesellschaft, Berlin

Reinhard Weißhuhn, Robert-Havemann-Gesellschaft, Berlin

Anna Veronika Wendland, Herder-Institut für historische Ostmitteleuropaforschung, Marburg

Martin Schulze Wessel, Ludwig-Maximilians-Universität München

Jan-Henrik Wiebe, „Thüringische Landeszeitung", Jena

Hans-Georg Wieck, ehemals Auswärtiges Amt, Bonn

Irina Wutsdorff, Eberhard-Karls-Universität Tübingen

Bernd Wieser, Karl-Franzens-Universität Graz

Susann Worschech, Europa-Universität Viadrina, Frankfurt/Oder

Johann Zajaczkowski, Kiewer Mohyla-Akademie

Kerstin Zimmer, Philipps-Universität Marburg

Josephine von Zitzewitz, Universität Cambridge

Wer den Aufruf unterzeichnen möchte, kann dies unter folgender Adresse tun:

https://www.change.org/p/the-interested-german-public-friedenssicherung-statt-expansionsbelohnung-aufruf-von-über-100-deutschsprachigen-osteuropaexpertinnen-zu-einer-realitätsbasierten-statt-illusionsgeleiteten-russlandpolitik

Lesen Sie hier den ursprünglichen Aufruf für eine andere Russlandpolitik *sowie das* Missverständnis um die Unterschrift von Klaus von Dohnanyi.



Das eurasische Reich Dugins und Putins

Ähnlichkeiten und Unterschiede

Andreas Umland

aus dem Russischen übersetzt von Giselher Stoll

Zitation: Umland, Andreas (2014): Das eurasische Reich Dugins und Putins - Ähnlichkeiten und Unterschiede, in: Kritiknetz - Zeitschrift für Kritische Theorie der Gesellschaft

Einleitung

Die von Vladimir Putin 2011 vorgestellte Idee, eine neue „Eurasische Union" unter Führung Russlands zu schaffen, ist in der internationalen Presse schon ausführlich besprochen worden – in der Ukraine z.B. auf den Seiten der einflussreichen Wochenzeitung „Zerkalo nedeli" (Wochenspiegel). Die unverwandt hohe Aufmerksamkeit für Putins Vorhaben ist gerechtfertigt. Handelt sich doch hier um ein weitreichendes imperiales politisches Projekt, welches die zentralen politischen Ziele der Partei „Einiges Russland" und einer großen Gruppe von Elitenmitgliedern in ihrem Umfeld ausdrückt, ja die Wünsche eines bedeutenden Teils der „patriotisch" gesinnten politischen und intellektuellen Führungsmannschaft Russlands formuliert.

Die Bezeichnung – Eurasische Union – scheint auf der Linie des postsowjetischen „Neoeurasismus[1]" [russisch: neoevrazijstvo[2]] zu liegen. Diese breite intellektuelle Bewegung in Russland entstand in den letzten beiden Jahrzehnten nicht zuletzt als Resultat hunderter Publikationen von Alexander Dugin, eines im postsowjetischen Raum inzwischen weithin bekannten Okkultisten, völkischen Esoterikers und zugleich Anführers der so genannten Internationalen Eurasischen Bewegung [russisch: MED]. Obgleich der aus Moskau stammende Dugin seine Diplom-, Doktor- und Habilitationsschrift in wenig bekannten südrussischen Hochschulen verteidigte und nur selten in anerkannten akademischen Zeitschriften publiziert, wurde er vor einigen Jahren zum Direktor eines Zentrums für konservative Studien, Professor der soziologischen Fakultät und kommissarischer Inhaber des Lehrstuhls für die Soziologie internationaler Beziehungen der renommierten Moskauer Staatlichen Lomonosov-Universität [russisch: MGU] ernannt.

Vergleicht man die ideologischen Vorstellungen Putins und Dugins miteinander, muss vorab klargestellt werden, dass weder Putins Verständnis der eurasischen Idee noch der „Neoeurasismus" Dugins identisch ist mit den ideologischen Konstruktionen jener russischen Intellektuellenbewegung, die in den 20er und 30er Jahren des 20. Jahrhunderts dem Eurasismus seinen Namen gaben. Auch haben Putins und Dugins Eurasismen nur geringe Gemeinsamkeiten mit den dubiosen biologischen Theorien des einflussreichen spätsowjetischen Historikers, Ethnologen und Geografen Lev Gumilëv, die mitunter ebenfalls „eurasisch" genannt werden. Dies vorausgesetzt, lassen sich zwischen den Putinschen und den Duginschen Varianten des Eurasismus einige Parallelen herausarbeiten – einschließlich ihrer relativen Ferne sowohl vom klassischen Eurasismus als auch von den pseudowissenschaftlichen Lehren Gumilëvs. Trotz gewisser Parallelen zwischen den Ideen Putins und Dugins überwiegen jedoch die Differenzen zwischen ihnen. Worin bestehen die Ähnlichkeiten und Unterschiede?

[1] Hilfreich ist die Suche nach Neoeurasismus im Netz.
[2] Russische Wörter werden nach der dt. Bibliotheksumschrift wiedergegeben, die von journalistischem Alltagsgebrauch oft abweicht.

Das Wesen der außenpolitischen Absichten Putins

Die Mehrzahl der Anhänger der von Putin vertretenen eurasischen Ideologie sind wie Putin selbst Vertreter der alten sowjetischen Nomenklatura. Sie sind ehemalige Mitarbeiter von gesellschaftlichen und staatlichen Instituten der früheren UdSSR, d.h. frühere Funktionäre oder Bedienstete der KPdSU, des Komsomol[3], des KGB, der Armee, Sowjetregierung sowie spätsowjetischer Forschungsinstitute, Hochschulen, Kulturorganisationen usw. Dieser – die heutige politische Elite Russlands dominierende Kreis – von zumeist männlichen Staatsbeamten träumt von einer restaurativen Wende, einer wie auch immer gearteten Wiederherstellung des russischen und/oder kommunistischen Imperiums, d.h. einer möglichst weitgehenden Wiederauferstehung der Macht und des Territoriums des Zaren- bzw. Sowjetreiches. Die neosowjetische Reichsidee ist zwar offiziell, wie auch die klassisch sowjetische Unionsidee, supranational. Ihre Implementierung würde jedoch de facto lediglich eine Ausweitung der heutigen russischen Pseudoföderation bis an die Grenzen des ehemaligen Imperiums bedeuten. Geändert hat sich in dieser Ideologie weniger der alte russische imperiale Herrschaftsanspruch, als der Modus der politischen Legitimation dieses Anspruchs. Es ist nun nicht mehr die klassische sowjetische Ideologie, wonach sich antikapitalistische „Rätedemokratien" unter der Führung einer „Russischen Föderativen Republik" in einer bzw. um eine „Sowjetunion" vereinigen sollen – ein Trugbild, was nie der Realität entsprach und spätestens unter Stalin ad absurdum geführt wurde. Heute wird die linke Scheindoktrin der UdSSR ersetzt durch eine eher rechte und offen kulturalistische Ideologie vom angeblich gemeinsamen eurasischen Ursprung und Wertesystem bzw. von einer authentischen eurasischen Zivilisation mit ihren verschiedenen nationalen Variationen. Nicht eine „rätedemokratische" sondern „eurasische" Union soll nunmehr die Rechtfertigung dafür liefern, Millionen Menschen der wiederum verdeckten Hegemonie der Moskauer Zentrale zu unterstellen, weil diese auf angeblich ursprüngliche kulturelle Werte bezogene und diese Werte verteidigende Herrschaftsform ihnen vom Wesen her am besten entspräche. Das neu-alte Gebilde, das so entstünde, wäre mehr oder weniger eine Fortsetzung des alten Großrusslands und würde wenigstens teilweise die historische und territoriale Kontinuität der sog. Russischen Föderation mit der UdSSR und dem Zarenreich wiederherstellen – und im Verständnis einiger russischer Geschichtsphilosophen sogar mit dem Moskauer Großfürstentum, ja der Kiewer Rus. Da dieses Projekt die Begründung einer Einflusssphäre, wenn nicht der direkten Kontrolle Moskaus über Gebiete jenseits der Grenzen der Russischen Föderation darstellt, kann man Putin & Co. als Imperialisten bezeichnen, die sich zur Legitimation ihrer expansionistischen Politik mitunter auch der Sprache einer kulturalistischen Ideologie bedienen. In dieser allgemeinen Eigenschaft stimmen sie überein mit dem führenden russischen Großraum-Theoretiker, Alexander Dugin, und seinen Anhängern.

Die Natur des Duginschen Weltbildes

Doch der Anführer der Internationalen Eurasischen Bewegung tritt im Unterschied zu Putin nicht für eine Restauration, sondern für die Errichtung eines gänzlich neuen Imperiums ein. Das Duginsche Eurasien wäre weder die Wiederherstellung des Zarenreiches noch eine Fortführung des Sowjetstaates. Im Widerspruch zu seiner eigenen heutigen offiziellen Positionierung als „Konservativer" wünscht Dugin kein Bewahren oder Wiederaufleben alter Zustände. Der Kern seines Programms besteht vielmehr in einer vollständigen innen- wie außenpolitischen Umwälzung und weitreichenden Negation nicht nur des heutigen, sondern auch des früheren Russlands.

Die Doktrin Dugins und seiner Gefolgsleute entspricht damit der ideologischen Struktur des Zwischenkriegsfaschismus. Ziel ist nicht eine reaktionäre Wiedergeburt der Staatsnation im Sinne einer Rückkehr zu einem früheren Zustand, sondern eher eine Neugeburt der russisch-eurasischen Zivilisation. Zwar wird der wiedergeborene eurasische „Superethnos" (ein von Gumilëv eingeführter Begriff) sich auf die mutmaßlich archaischen Werte der eurasisch-russischen Kultur stützen. Diese aber werden eine neue Qualität haben, weil sie von jedweder westlichen Überfremdung gereinigt sein werden. In der phantastischen Zukunft von Dugins neuem Eurasien wird Russland von allem Fremden und Degenerierten gereinigt werden und die authentischen Werte der uralten russischen bzw. sogar prärussischen tellurokratischen Zivilisation mit den besten Errungenschaften ihrer jüngeren Vergangenheit verknüpft werden. Das Ziel der Anhänger Dugins ist eine vollständige Umformung Russlands, des eurasischen Kontinents sowie letztlich der gesamten Welt im Sinne der Vorstellungen einer „konservativen Revolution"[4].

[3] Kommun. Jugendverband (Kommunističeskij sojuz molodeži).

[4] Der Begriff stammt von Armin Mohler. S. derselbe: Die konservative Revolution in Deutschland 1918 -1932. Ein Handbuch, dritte, um einen Ergänzungsband erweiterte Auflage, Darmstadt 1989.

Eurasismus zwischen Konservatismus und Faschismus

Putin ist ebenfalls kein Demokrat, erst recht kein „lupenreiner“ (Gerhard Schröder), sondern ein autoritärer Despot, der sich mehr schlecht als recht kaschierter formaldemokratischer Mittel zur Legitimation seiner Herrschaftsausübung bedient. Die russische Elite um Putin besteht inzwischen weitgehend aus nationalistischen Imperialisten. Gleichwohl kann man Putin & Co. nicht, ähnlich Dugin, als revolutionäre Ultranationalisten bezeichnen. Die heutigen politischen Führer Russlands blicken eher zurück als nach vorn, wollen nicht etwas Neues formieren, sondern restaurieren was war.

Dugin ist ein eifernder Revolutionär, erklärter Ultranationalist und damit offensichtlich ein Faschist in jenem Sinne, wie dieser Begriff in der vergleichenden Rechtsextremismusforschung verwendet wird, etwa von solch angesehenen Historikern wie Alexander Galkin (Moskau), Walter Laqueur (Washington), Stanley G. Payne (Madison), Wolfgang Wippermann (Berlin) oder Roger Griffin (Oxford). Die Kategorisierung Dugins als Faschist scheint auch dann gerechtfertigt, wenn der Moskauer Universitäts-Professor heutzutage nur noch selten als Ethnozentrist oder biologistischer Rassist auftritt. Zwar gibt es in seinen ersten Publikationen der frühen neunziger Jahre rassistische Formulierungen, aber in den letzten Jahren positioniert er sich stärker als Verfechter eines betont inklusiven Imperiums, einer Art „eurasischen Supranationalismus“. Er weist freilich ungeachtet seiner relativen Offenheit gegenüber diversen Ethnien des euroasiatischen Kontinents der russischen Nation auch weiterhin die führende Rolle im neuen eurasischen Großreich zu.

Mit solchen Denkfiguren fungiert Dugin als russischer Vertreter der heutigen paneuropäischen Bewegung des „differentialistischen“ Kryptorassismus. Die Unterscheidungslinie in diesem kodierten Neorassismus verläuft eher zwischen authentischen, aus einem gemeinsamen immerwährenden Ursprung stammenden Kulturen, als zwischen Phäno- oder Genotypen von Menschen. Der neurechte „Differentialismus“ besteht darin, dass zwischen unterschiedlichen Kulturen und den zu ihnen gehörigen Menschen eine ursprüngliche, prinzipielle und damit unüberbrückbare Differenz bestehe dergestalt, dass (1) jedes Individuum a priori als in seinem kulturellen Ursprung wie in einem Gehäuse der Hörigkeit eingeschlossen gedacht wird, das es nicht sprengen könne, ohne sich des Verlustes seiner ihm mitgegebenen ‚natürlichen Kultur‘ und ineins damit der ‚natürlichen Teilhabe an der Menschheit‘ (der ‚Degeneration‘ und des ‚Verbrechens an der Menschheit im eigenen Inneren‘) schuldig zu machen, und (2) die Evolution jeder Kultur/Zivilisation in der historischen Zeit nur und nur das zur (je nach den vorherrschenden Bedingungen reicheren oder weniger reichen) Entfaltung bringen könne und bringe, was in ihrem Ursprung als unentfaltete Möglichkeiten enthalten sei. Die tiefgehenden kulturellen Unterschiede aus der Sicht dieser neurechten Lehre seien nicht zu überschreitende Grenzen zwischen den Menschen verschiedener zivilisatorischer Prägung, die eine wirkliche kommunikative Verständigung und ein gedeihliches gesellschaftliches Zusammenleben zwischen ihnen grundsätzlich ausschließen. Werden diese Grenzen nicht geachtet, erweisen sich die differenten Kulturen als Quell eines ewigen interkulturellen/interzivilisatorischen „kalten“, verkappten, bisweilen auch „heißen“, realen Krieges.

In den neunziger Jahren bekannte sich Dugin wiederholt und unverschleiert zu seiner Nähe zum europäischen Faschismus der Zwischenkriegs- und Kriegszeit. In der ersten Auflage seines grundlegenden Buches „Konservative Revolution“ (Moskau: Arktogeja 1994) stellte er das Dritte Reich als eine der Verwirklichungen des von ihm bevorzugten „Dritten Weges“ vor und bedauerte, dass die „Niederlage Deutschlands im Zweiten Weltkrieg eine vernichtende Niederlage der gesamten Ideologie des Dritten Weges“ gewesen sei. Er identifizierte (zu Recht) die Ideologie des Faschismus mit der von ihm propagierten „Konservativen Revolution“ und gab eine ganze Reihe ähnlich ausgerichteter Erklärungen ab. So merkte er beispielsweise an, dass „im Rahmen des nationalsozialistischen Regimes eine gewisse intellektuelle Oase existierte, in der sich die Konzeptionen einer 'konservativen Revolution' entwickeln konnten (…) Wir denken hierbei an die Waffen-SS in intellektuell-wissenschaftlicher und weniger in militärisch-politischer Hinsicht“. An einer Stelle nannte Dugin den SS-Obergruppenführer und ursprünglichen Organisator des Holocausts Reinhard Tristan Heydrich[5] einen „überzeugten Eurasier“, d.h. er hielt ihn – neben Molotov und Ribbentrop – für einen Vorläufer seiner eigenen heutigen Bewegung.

Dugin als neurechter Metapolitiker

Gestützt auf die Ideen vor allem des westeuropäischen intellektuellen Rechtsextremismus der Zwischen- und Nachkriegszeit, nicht zuletzt der deutschen „Konservativen Revoluti-

[5] Heydrich wurde 1942 in Tschechien ermordet. Er war als Leiter des Reichssicherheitshauptamtes der Vorgänger des in der früheren UdSSR durch die populäre Fernsehserie „17 Augenblicke des Frühlings“ gut bekannten Ernst Kaltenbrunner.

on" der Weimarer Republik, möchte Dugin im postsowjetischen Raum eine spezifisch russische konservative Revolution in Gang setzen und einen neuen faschistischen, in diesem Falle „eurasischen" und „integral-traditionalistischen" Menschen schaffen. Dugin sieht in diesem Zusammenhang seine Rolle in der russischen Gesellschaft nicht als öffentlich präsenter Politiker, sondern eher als im Hintergrund agierende graue Eminenz, die nicht unmittelbar Entscheidungen trifft. Vielmehr versucht er seine Weltanschauung in der Zivilgesellschaft, den Medien, unter Politikern und im Bildungswesen zu propagieren und so eine intellektuelle Hegemonie zu erlangen. Die würde es ihm erlauben, die politische Elite mitsamt Staatsführung indirekt anzuleiten. Sein Aktionsfeld ist also weniger die Parteipolitik, sondern – wie es sein politischer Freund und Lehrmeister, der Chefideologe der französischen Neuen Rechten Alain de Benoist seit Jahrzehnten vorexerziert – die Metapolitik. Dieser Strategie folgend produziert Dugin politische Ideen, die dann von Entscheidungsträgern und sog. „Polittechnologen" bewusst oder unbewusst in die Tat umgesetzt werden. Eine solche Vorgehensweise gründet auf der einflussreichen Theorie des neomarxistischen Denkers Antonio Gramsci. In seinen Überlegungen darüber, wie Kommunisten vorgehen sollten, sprach Gramsci davon, dass zur Vorbereitung einer erfolgreichen politischen und sozialen Revolution zunächst eine kulturelle Hegemonie der revolutionären Weltanschauung in der Gesellschaft geschaffen werden müsse. Diese Hegemonie zielt insbesondere darauf, grundlegende politische Konzepte neu zu bestimmen, derer sich die politische Elite und das intellektuelle Milieu bedienen, um in einer Krise den erschütterten alten Staat revolutionär umzuwandeln.

Wie auch andere neurechte faschistische Intellektuelle in Europa bemüht sich Dugin heute um lenkenden Einfluss nicht direkt auf den Staat, sondern auf das Denken der politischen und intellektuellen Elite, die aus Russlands Einwohnern neue eurasische Menschen mittels politischer Taten im Geiste der neuen Weltanschauung sowie mittels deren Agitation und Propaganda schmieden soll. Im Falle eines Erfolges seiner metapolitischen Strategie wäre eine reale Umwandlung Russlands in einen völlig neuen, „eurasischen", spezifisch russischen imperialen faschistischen Staat das Resultat. Dugin und seine Gefolgsleute und Partner im russischen rechtsextremen Milieu sind in dieser Hinsicht weiter vorangekommen als ihre Vordenker im Westen.

Zur Verwirklichung seines Ziels verwendet Dugin den Terminus „Eurasismus" wie auch den des „Konservatismus" im verzerrten Sinne und in erkennbarer Absicht, die tatsächlichen Quellen und Implikationen seiner Weltanschauung zu verschleiern. Wie bemerkt, sind seine Ansichten keineswegs identisch mit den klassischen russischen eurasischen Konzepten. Die Wurzeln des Duginschen Denkens gehen eher zurück auf europäische anti-intellektuelle, antiliberale und protofaschistische intellektuelle Kreise des späten 19. und des 20. Jahrhunderts. Das betrifft z.B. das deutsche antidemokratische Denken der Vorkriegszeit, das den Aufstieg der NSDAP in mancher Hinsicht vorbereitete. Vertreter dieser letztgenannten Strömung und Inspiratoren Dugins waren unter anderen Friedrich Nietzsche, Martin Heidegger, Carl Schmitt, Oswald Spengler, Ernst Jünger, Artur Moeller van den Bruck, Karl Haushofer, Herman Wirth, Otto und Gregor Strasser sowie andere. Für an der Ukraine interessierte Leser wird der Hinweis interessant sein, dass eine Reihe dieser Autoren auch unter radikalen ukrainischen Nationalisten Popularität genießen, so unter Ideologen der Allukrainischen Union „Svoboda"[6] wie Jurij Mychal'čyšyn oder Andrij Il'enko.

Inspirationsquellen des jungen Dugin waren des weiteren: die phantasmagorischen Szenarien des italienischen Dadaisten Julius Evola, die historisch-religiösen Spekulationen des französischen Begründers des „Integralen Traditionalismus" René Guénon, eine Reihe gewagter Erklärungen internationaler Konflikte, die am Ende des 19. Jh. vor allem in der angelsächsischen Politologie aufkamen und unter der Bezeichnung „Geopolitik" bekannt wurden (Kjellen, Mahan, Mackinder u.a.), der raffinierte „Newspeak" der schon erwähnten europäischen „Neuen Rechten" der Nachkriegszeit unter Führung des berüchtigten Pariser Publizisten Alain de Benoist.

Die Ideen dieser und anderer antiegalitärer, nicht selten rechtsextremistischer Denker formten seit der Mitte der achtziger bis Anfang der neunziger Jahre maßgeblich die Weltanschauung des jungen Dugin. Damals waren Guénon, Evola, Haushofer und ihnen ähnliche Publizisten noch wenig bekannt im spätsowjetischen und frühen nachsowjetischen Russland. Vor diesem Hintergrund führte Dugins aktive Verwendung der Terminologie dieser rechten Theoretiker dazu, dass seine damals ungewöhnlichen Aufsätze in den nationalistischen Kreisen der Neunziger als originäre Ideen aufgefasst wurden und Dugin schnell den Ruf eines originellen Denkers erlangte. Nachdem er durch die Reproduktion im Grunde nicht-russischer Konzepte die Aufmerksamkeit vieler Neoslawophiler auf sich gelenkt hatte, begann Dugin die Begriffe „Eurasismus" und „Eurasien" aktiver im russischen Sinne dieser

[6] D.h. „Freiheit".

Konzepte zu verwenden. Im Bemühen, das Milieu der neofaschistischen Subkultur hinter sich zu lassen, musste er seine Doktrin „russifizieren", besteht sie doch in nicht geringem Maße aus an russische Bedingungen angepassten Importen aus dem unter russischen Nationalisten verhassten Westen, ja teils aus Konzepten von Wegbereitern des Dritten Reiches (C. Schmitt, H. Wirth, O. und G. Strasser).

Dugins Rolle im System Putin

Ungeachtet solcher Unterschiede in der Entstehung und im Gehalt der Ideologien Putins und Dugins sind der nationalistische Präsident und faschistische Theoretiker in der praktischen Politik zumindest zeitweise taktische Verbündete. In kurz- wie in mittelfristiger Perspektive verlaufen ihre Wege parallel, da der erste Schritt zu einem neuen Imperium im Duginschen Sinne identisch mit der von Putin ersehnten Wiederauferstehung des alten wäre.

Einerseits unterscheiden sich freilich ihre Endziele und die Grundeinstellungen des Restaurators und Faschisten erheblich. Andererseits bilden Dugin und seine Organisationen, wie die Internationale Eurasische Bewegung oder der Eurasische Jugendbund, wichtige Bausteine des neoautoritären politischen Systems Putins. Ungeachtet seiner vielen eindeutig profaschistischen Äußerungen gelang es Dugin, sich eine relativ hohe Position im Moskauer Establishment zu erkämpfen, was es ihm heute erlaubt, eine bestimmte Rolle im russischen offiziösen Gesellschaftsdiskurs zu spielen. Das weist darauf hin, dass es einen Kreis von Leuten an Russlands politischer Spitze gibt, der Dugin mit hinreichendem Interesse, ja womöglich mit gewisser Sympathie betrachtet.

Die häufigen Auftritte Dugins in den zentralen russischen Medien und sein einflussreicher Posten im russischen akademischen Milieu haben jedoch eher praktische als ideologische Gründe bzw. einen vorrangig „polittechnologischen" Sinn für den Kreml. Für sich genommen würde das Putinsche Projekt einer Eurasischen Union womöglich als ein allzu radikaler Plan einer außenpolitischen Rückwendung der russischen Staatsführung zu der sich eigentlich diskreditierten Reichsidee erscheinen. Darüber hinaus kann die forcierte Durchsetzung der geplanten neuen Union unter Federführung des Kremls zu einer politischen Destabilisierung des gesamten postsowjetischen Raumes führen.

Allerdings erscheinen vor dem Hintergrund der enormen rhetorischen Aggressivität und extravaganten Ideen Dugins und ihm ähnlicher Publizisten die neosowjetischen Pläne Putins als relativ maßvolle Vorhaben. Obwohl an und für sich die Idee einer Eurasischen Union weit über den Rahmen der real verfügbaren Ressourcen und Möglichkeiten Russlands hinausgeht, wie auch im Widerspruch zu den Wünschen der anderen postsowjetischen Staaten steht, erscheint Putin im Vergleich zu Dugin als gemäßigter Politiker der Mitte und nicht als Radikaler. Damit der politische Reaktionär/Restaurator Putin einen seriösen Eindruck macht, sind ideologische Finsterlinge wie Dugin nötig. Sie stellen – ähnlich der Rolle Žirinovskijs und seiner so genannten „Liberaldemokraten" im Parteienspektrum - intellektuelle Gegengewichte dar, die die äußerste rechte Flanke der russischen Politik besetzen, doch ohne die Clownerien des Führers der LDPR[7] auskommen. Gut möglich, dass der wundersame Aufstieg und wachsende Einfluss des russischen intellektuellen SS-Bewunderers und seiner Ideologie eben dieser Manipulation des russischen politischen Spektrums zu verdanken ist, das heißt dem Versuch, mittels Dugins Neoeurasismus einen extrem rechten Pol im öffentlichen Diskurs zu schaffen, vor dessen Hintergrund sich Putins Image vorteilhaft darstellt. Aber wird diese Rechnung aufgehen in einer derart aufgeheizt antiwestlichen Stimmung in Russland, in der sich postmoderner Relativismus vermischt mit Ideen von imperialer Wiedergeburt, neuer Größe, Authentizität, Läuterung zum Authentischen und der spezifischen verbalen Aggressivität Dugins sowie dessen Idee, dass ein Krieg der von Grund auf unvereinbaren Zivilisationen des Westens und Eurasiens unvermeidbar ist? Könnte nicht Russlands oberster politischer Manipulator, Putin, die Geister, die er rief, einmal nicht wieder loswerden? Wird womöglich eines Tages, wie es dem Metapolitiker Dugin vorschwebt, tatsächlich ein aggressiver Antiamerikanismus die Massen ergreifen?

Zur Ideologie Dugins gibt sein Text "The great war of continents" (1992) weiterführenden Aufschluss:
http://openrevolt.info/2013/02/03/alexander-dugin-the-great-war-of-continents/;

[7] Liberal-Demokratische Partei Russlands. Der Name des Vorsitzenden wird deutsch oft „Schirinowski" geschrieben.

Anhang:

Die russische Originalversion des Textes:
http://www.academia.edu/1238667/_-_

Quellen:
http://www.academia.edu/191310/Is_Dugin_a_Traditionalist_Neo-Eurasianism_and_Perennial_Philosophy

Weiterführende Literatur von A. Umland zu Dugins Weltanschauung und Karriere:

zum Aufstieg Dugins:

https://www.academia.edu/255234/Aleksandr_Dugins_Transformation_from_a_Lunatic_Fringe_Figure_into_a_Mainstream_Political_Publicist_1980-1998_A_Case_Study_in_the_Rise_of_Late_and_Post-Soviet_Russian_Fascism

zu Dugins Anstellung an der Moskauer Staatlichen Uni:

Fascist Tendencies in Russian Higher Education: The Rise of Aleksandr Dugin and the Faculty of Sociology of Moscow State University

Übersicht über die Entwicklung Russlands zwischen 2005 und 2008

https://www.academia.edu/2639424/Russias_New_Special_Path_After_the_Orange_Revolution_Radical_Anti-Westernism_and_Paratotalitarian_Neo-Authoritarianism_in_2005-8

Andreas Umland, Dr. phil., Ph. D., DAAD Associate Professor of European Studies, Department of Political Science, National University of "Kyiv-Mohyla Academy", http://ku-eichstaett.academia.edu/AndreasUmland

Kritiknetz - Zeitschrift für Kritische Theorie der Gesellschaft
ISSN 1866-4105

Das eurasische Reich Dugins und Putins

Details
Kategorie: Neofaschismus und Rassismus
Veröffentlicht am Donnerstag, 26. Juni 2014 14:04
Geschrieben von Andreas Umland
Zugriffe: 2101

Anlässlich des gegenwärtigen Krieges in der Ostukraine wird hierzulande sehr viel über die ideologisch-politischen Kräfteverhältnisse in der Westukraine (Kiew) geschrieben und gesprochen, während man über die diesbezüglichen Verhältnisse in Russland unter der Herrschaft des „lupenreinen Demokraten" (G. Schröder) Wladimir Putin sehr wenig vernimmt[1] . Dabei ist für die Zukunft Europas doch sehr viel entscheidender, welche politisch-ideologische Entwicklung die russische Union nimmt. Das ist schon so wegen der schieren Größe Russlands, seiner reichen Bodenschätze und Energievorkommen sowie seiner ungeheuren militärischen Destruktionskräfte, die denen der USA nach den jüngsten Aufrüstungen in Russland kaum nachstehen dürften. Betrachtet man aber die ideologische Transformation, die sich in den letzten 15 Jahren in Russland vollzogen hat und als deren Resultat die von Dugin russifizierte völkische Ideologie der „konservativen Revolution" (Armin Mohler) auf dem Weg ist, die kulturelle Hegemonie in Russland zu erobern, kann einen die aufmerksame Betrachtung der Lage das Fürchten lehren.

Ich spreche hier nicht von der überkommenen Phobie vieler Deutscher vor „dem Russen", die ein Resultat der unbearbeiteten Kränkung des Siegs der roten Armee als Teil der alliierten Front über Nazideutschland gegen und der bewusstlosen assoziativen Verschiebung ihres mit unterschwelligem Antisemitismus gekoppelten Antikommunismus ist, sondern von einer berechtigten, rationalen Furcht. Denn hätte die deutsche Linke, die mehrheitlich auf die Regierung der Ukraine eindrischt, weil an ihr auch rechts gerichtete, proto-faschistische Kräfte beteiligt sind, zugleich aber von der maßgeblichen Beteiligung eben solcher Kräfte am von Russland unterstützten Sezessionskrieg in der Ostukraine beharrlich schweigt, nur die Wahrheitsliebe und die Courage, die konservativ-revolutionäre Bewegung in Russland samt ihrem politischen Propheten Dugin beim richtigen Namen zu nennen, müsste sie diese Bewegung eine faschistische Bewegung in kulturrassistischer, russifizierter Form nennen, die sie, meinte sie es mit ihrer politisch-moralischen Maxime „Nie wieder Faschismus" wirklich ernst, wie überall sonst auch zu bekämpfen hätte, nur dort in Russland mit größerer Aufmerksamkeit, mehr Nachdruck und höherer Intensität als an anderen Orten. Das nicht etwa, weil die neu-alte faschistische Bewegung dort eine andere ideologische Qualität als andernorts hat, sondern wegen der außerordentlichen Bedeutung Russlands für Europa und die Europäer. Das Gegenteil aber ist der Fall. Statt über diese ideologische Transformation im post-sowjetischen Raum aufzuklären, folgt die Mehrheitslinke der Maxime frei nah Wilhelm Busch, dass nicht sein kann, was aus alter Liebe nicht sein darf und schweigt über Putins Russland so laut, dass ihr Schweigen geradezu dem Aufmerksamen in den Ohren dröhnt.

Allen voran stellt sich bei dieser Lage die Frage, wie verhält sich Putins politisches Vorhaben, eine eurasischen Union mit dem Zentrum Russland zu schaffen, zu Dugins konservativ revolutionärer Weltanschauung, die die Existenz

einer ursprünglichen, eurasischen Kultur mit dem Russentum als Kern und einem dazugehörigen eurasischen Menschentypus hypostasiert, dessen kollektives Unbewusstes existenzieller Träger der eurasischen Kulturwerte ist, und die politische Forderung erhebt, eben diesem früher durch die kommunistische Ideologie und gegenwärtig durch die westliche Kultur unterdrückten, und vergessen gemachten wahren Sein des eurasischen Menschen neu wieder zum Durchbruch zu verhelfen, so wie die nationalsozialistische Bewegung in den dreißiger Jahren dem in ihrem kollektiven Unbewussten verborgenen wahren Sein der Deutschen zum Durchbruch verhalf, mit dem Unterschied freilich, dass bei diesem neuerlichen Durchbruch die bekannten Fehler, die der Nationalsozialismus bei der historischen Realisierung des authentischen Seins des eurasischen Menschen in der Gestaltung des ihm ursprünglich zugehörigen Raumes nicht wiederholt werden. Ist Putins Politik als Versuch der den je gegebenen Umständen angepassten Realisierung dieser weltanschaulich begründeten „konservativ- revolutionären" Forderung zu sehen, oder verfolgt Putin eine andere Linie und stützt sich auf andere Quellen, sind also die erscheinenden Gemeinsamkeiten nur oberflächlicher Natur. Dieser Frage wird im folgenden Aufsatz von Andreas Umland nachgegangen.

Im Anschluss an den Text finden Sie einen Hinweis zu dem Aufsatz Dugins "The great war of continents" (1992). Der Aufsatz gibt einen erhellenden Aufschluss über die kulturalistisch völkische Ideologie Putins.

Ferner finden Sie im Anhang Hinweise auf weitere Texte des Autors A. Umland, die über den Werdegang des russischen konservativen Revolutionärs Dugin und seine Ideologie weiteren Aufschluss geben.

Der Aufsatz erschien erstmals im Jahr 2012, also vor dem Beginn der Ukraine Krise, in russischer Sprache (s. Anlage zum Text) und wurde auf meine Bitte hin von Giselher Stoll, dem ich dafür herzlich danke, freundlicherweise ins Deutsche übersetzt.

Wenn Sie den Aufsatz von Andreas Umland lesen möchten, klicken Sie bitte hier!

Heinz Gess

---

[1] Während die deutsche Linke, die mehrheitlich antiwestlich und antiimperialistisch eingestellt ist, sich mit ungefähr derselben Mehrheit sicher ist, dass die ukrainische Regierung und der ukrainische Staatsapparat nach der Pfeife der Faschisten des „rechten Sektors" und der Swoboda tanzt und in der Ostukraine unter der Regie dieser Faschisten ein „Völkermord" gegen eigentlich friedliebende antifaschistische Separatisten stattfindet, die alles andere als völkische Ideologen sind, gibt sich die Mehrheit der anderen, die ihren Antikommunismus ineins mit der narzisstischen Kränkung durch die Niederlage Nazideutschlands im Kampf gegen die Rote Armee als Teil der alliierten Front in eine Phobie gegen „den Russen" und „den Zionismus" (Israel) oder gegen „den Amerikaner" und „den Russen" zugleich transformiert haben, denen sie als das bessere Reich der Mitte die EU gegenüberstellen, als überzeugt davon, dass es sich bei der Swoboda-Partei und dem „rechten Sektor" keineswegs um völkische Faschisten handelt, sondern um Personen, die die Souveränität des Staates Ukraine gegen den gewaltsamen Übergriff des russischen Regimes auf ukrainisches Staatsgebiet mit Unterstützung russischstämmiger Ukrainer verteidigen und deshalb als legitime Freiheitskämpfer gegen völkisch begründete imperiale Machenschaften des putinschen Regimes zu achten seien. Ich halte beides für falsch. Richtig ist, dass es sich bei Swoboda und dem „rechten Sektor" in der Tat um Faschisten mit Einfluss auf die gewählte ukrainische Regierung handelt. Der aber ist nicht so stark, dass allen Ernstes behauptet werden kann, es handele sich in der Ukraine um ein faschistisches Regime.

Richtig ist aber auch, dass es sich bei den gegen den Staat Ukraine unter dem Schutze der russischen Armee und Regierung Krieg führenden russischstämmigen Separatisten keineswegs um antifaschistische Freiheitskämpfer handelt, als die sie sich geben, sondern um Weltanschauungskämpfer für einen völkisch reinen (homogenen) Staat „Neurussland“ (als Teil eines großrussischen Imperiums) die von ähnlichem Kaliber sind wie Swoboda und der „rechte Sektor“ in der Westukraine. Die neue Verfassung der Donesker Volkrepublik (DNR) spricht in dieser Hinsicht eine klare Sprache. So heißt es in ihr:

- die Donesker Volksrepublik sei „unabdingbarer Bestandteil der russischen Welt und Zivilisation“.
- Sie fuße auf konservativen Werten wie dem Schutz der traditionellen Familie.
- Dazu gehöre auch, dass alle Rechte und Freiheiten des Menschen vom Zeitpunkt seiner Zeugung an gelten.
- Der orthodoxe Glaube im Sinne des Moskauer Patriarchats sei ideelle Grundlage des Volksstaates und kulturelle Säule der gesamten russischen Welt, mit anderen Worten de facto Staatsreligion.
- Die DNR strebe „die Wiederherstellung eines einheitlichen kulturellen zivilisatorischen Raumes der russischen Welt an.

Wolfgang Templin

In fataler Gesellschaft

Der aktuelle Russland – Ukraine-Konflikt und die Haltung der Linkspartei



Foto: Alexander Wienerberger (Wikimedia)

1933: Holodomor – Herrschaft durch Hunger. Stalin ließ Millionen Ukrainer in der sowjetischen Kornkammer verhungern.

Die dramatische Entwicklung in der Ukraine ist im Laufe des Jahres 2014 in das Zentrum europäischen und internationalen Interesses gerückt. In öffentlichen Debatten und Aufsätzen, Medienberichten und Talkshows kommt es allerdings neben sachlich begründeten Positionen zu den abenteuerlichsten Behauptungen und Zuschreibungen des Konflikts. Hier nur eine kleine Auswahl und Zusammenfassung davon:

- Die unüberwindliche Kluft zwischen dem Westen und dem Osten des Landes habe innere Konflikte zum offenen Bürgerkrieg werden lassen, sie führe zwingend zu einer Teilung oder gäbe bestenfalls die Möglichkeit einer losen Föderation her.
- Die jahrhundertelange Gemeinschaft Russlands und der Ukraine, die engen wirtschaftlichen, kulturellen, familiären und sprachlichen Verbindungen zwischen beiden Ländern machten einen in Abwendung von Russland erfolgenden europäisch-westlichen Weg des wichtigsten russischen Nachbarn zum bedrohlichen Abenteuer.
- In der Ukraine hätten westlich gesteuerte, nationalistische, rechtsgerichtete und russlandfeindliche Kräfte die Macht an sich gerissen, Russland sei zum Schutz der Sicherheit und der Interessen seiner Landsleute im Nachbarland verpflichtet.
- Historisch gesehen sei die unabhängige Ukraine nur eine Art Betriebsunfall der Geschichte, entstanden durch die von verantwortungslosen Politikern betriebene Auflösung der Sowjetunion. Die Wiedervereinigung mit Russland, mindestens aber die engste Anbindung an den großen Bruder sei das Beste, was dem gescheiterten Nachbarn geschehen könne. Alle Ambitionen auf einen eigenen Weg seien der Ukraine vom Westen eingepflanzt worden.

WOLFGANG TEMPLIN.

Jg. 1948, Philosoph, Bürgerrechtler und Publizist, 1985 Mitbegründer der Gruppe "Initiative Frieden und Menschenrechte", Unterstützer der Solidarność-Bewegung. 1991 Mitbegründer der Partei Bündnis 90. Autor von Studien zur Ukraine nach der orangenen Revolution. 2010 bis 2013 Leiter des Landesbüros Polen der Böll-Stiftung.

Eine derartige Flut von Demagogie und Absurditäten macht eigentlich einen längeren Ausflug in die Tiefen osteuropäischer Geschichte nötig, der hier aus Platzgründen knapp ausfallen muss. Ein Rückgriff auf die Befreiungsrevolutionen von 1989, ihre Wurzeln und ihre Folgen kann aber zum Verständnis des Ukraine-Konflikts beitragen.

Der deutsche Blick auf den Fall der Mauer als Höhepunkt des Jahre 1989 ist verständlich, bleibt aber zu eng. Selbst die erweiterte Perspektive auf die dramatischen Geschehnisse in den anderen Ländern des Ostblocks legt noch nicht die gesamte Dimension des historischen Umbruchs frei, der das Jahrhundert der Totalitarismen zu einem glücklichen Abschluss brachte.

Lange vor 1989 und nicht erst verbunden mit der Person von Michail Gorbatschow hatte es im Innern der Sowjetunion zu brodeln begonnen. Die sowjetischen Bürgerrechtsaktivisten und Dissidenten, welche seit den späten sechziger und den siebziger Jahren auf die historische Bühne traten, verkörperten nicht nur eine Vielzahl von Positionen und Traditionen, sondern auch eine große nationale Vielfalt. In den Helsinki-Gruppen der siebziger Jahre und der nachfolgenden Perestroika-Bewegung waren zahlreiche unterdrückte Nationen des sowjetischen Völkergefängnisses vertreten, besonders stark die Ukrainer. Sie stellten in den Verfolgungswellen zurückliegender Jahrzehnte und unter den Gulag-Insassen den höchsten nationalen Anteil. Ukrainische Patrioten waren sich ihrer eigenen Geschichte, Kultur und Sprache immer bewusst und wehrten sich gegen die Besetzung und Unterdrückung durch benachbarte Großmächte. Der bis in die Gegenwart heuchlerisch beschworene russisch-ukrainische Bruderbund gipfelte in der Inbesitznahme entscheidender ukrainischer Territorien durch Katharina die Große zum Ende des 18. Jahrhunderts. Ihr folgte eine immer brutalere russische Kolonisierungspolitik bis zum Ende des Zarenreiches. Die im Bürgerkrieg siegreichen Bolschewiki setzten unter dem roten Banner die zaristische imperial-kolonialistische Politik fort. Nach dem Zweiten Weltkrieg entstand die Ukraine als Ukrainische Sozialistische Sowjetrepublik in ihrer heutigen territorialen Gestalt. Weder Massendeportationen noch die Auslöschung großer Teile der ukrainischen Intelligenz noch die millionenfachen Opfer des von Stalin verantworteten Hungergenozids (Holodomor) konnten das Unabhängigkeitsstreben und den Widerstandswillen der Ukrainer brechen.

Die friedliche Massenbewegung der polnischen Solidarność, die sich auch durch die Verhängung des Kriegsrechts nicht aufhalten ließ, sendete ihre Signale in den gesamten Ostblock und in das Innere der

Sowjetunion aus. Ihre Wirkung überstieg die Glasnost- und Perestroika-Ankündigungen von Gorbatschow und befeuerte die verschiedenen nationalen Unabhängigkeitsbewegungen von Georgien bis ins Baltikum. In der Ukraine entstand die mit russischen Dissidenten und Vertretern anderer Nationen verbundene „Volksbewegung für die Umgestaltung der Ukraine" (Ruch). Sie hatte ihren Gründungskongress im September 1989 und umfasste ein breites Spektrum von Menschenrechtsgruppen und ökologischen Initiativen im Gefolge von Tschernobyl, prominenten ukrainischen Künstlern, Intellektuellen und Reformkommunisten, die sich aus dem Gehäuse ihrer Partei gelöst hatten. Menschenrechte, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, kulturelle Freiheiten waren Forderungen, welche ein heterogenes politisches Spektrum zusammenhielten. Die Stichworte Souveränität und Unabhängigkeit lagen in der Luft. Ausgesprochen nationalistische und russlandfeindliche Positionen, die es marginal gab, hatten innerhalb von „Ruch" zunächst keine Chance.

Zwei Jahre später, im Herbst 1991, setzte sich Boris Jelzin, der bereits russischer Präsident war, gegen seinen Rivalen Michail Gorbatschow durch. Dessen Versuche zur Beförderung der Perestroika waren am Widerstand konservativer Kreise gescheitert. Es bestätigte sich die Tatsache, dass sich ein unreformierbares System eben nicht reformieren ließ. Gorbatschow schwebte eine erneuerte Sowjetunion vor, in deren Bestand die einzelnen Nationen zwar größere Freiheiten und Rechte zugestanden bekämen. Im Gegensatz zu Andrej Sacharow und anderen demokratischen russischen Dissidenten wehrte er sich jedoch gegen die Unabhängigkeitsbestrebungen der zwangsvereinten Nationen, sah sie als Gefahr für den Fortbestand des imperialen Ganzen. Die Loslösung der Ukraine von Russland war für ihn undenkbar. Genau zu dieser Trennung kam es aber, als Jelzin im Dezember 1991 mit dem Souveränkommunisten und Staatspräsidenten der Ukraine Leonid Krawtschuk und dem belarussischen Parlamentspräsidenten Stanislau Schuschkjewitsch in einer Regierungsdatscha nahe der polnisch-belarussischen Grenze zusammentraf. Die drei besiegelten das Ende der Sowjetunion und hätten allein dafür den Friedensnobelpreis verdient. Gorbatschow erfuhr von den Ergebnissen des Treffens und seiner vollständigen Entmachtung erst am Telefon.



Die Präsidenten der Ukrainischen, der Weißrussischen und der Russischen Teilrepubliken der UdSSR, Krawtschuk, Schuschkjewitsch und Jelzin (v.l.n.r.), haben soeben das Ende der UdSSR besiegelt.

Foto: unbekannt (picture alliance/AP, AP9112080156)

Die vorangegangene Wahl Krawtschuks zum Staatspräsidenten der Ukraine war das Ergebnis eines Kompromisses zwischen den Führern von Ruch und reformbereiten ukrainischen Kommunisten mit dem ehemaligen Ideologiesekretär an der Spitze. Ein Kompromiss, der im Guten wie im Problematischen auch die ersten Jahre und Jahrzehnte der ukrainischen Unabhängigkeit prägen sollte. Die Vertreter von „Ruch" standen vor der Entscheidung, selbst die entscheidenden Kräfte für die Umgestaltung der Ukraine zu sammeln und sich ungesichert für den Aufbau einer demokratischen Bürgergesellschaft einzusetzen oder mit dem mit allen Wassern gewaschenen Krawtschuk und den Reformkommunisten die Chance einer schnellen Unabhängigkeit zu ergreifen. Eine knappe Mehrheit von „Ruch" trat für die letztere Option ein.

In einer Volksabstimmung entschieden sich mehr als 90 Prozent der Ukrainer für die staatliche Unabhängigkeit. Das galt für die Einwohner des stärker sowjetisch geprägten Ostens und Südens der Ukraine, die sich davon eine schnelle Besserung ihrer Lebensverhältnisse erhofften, wie auch für die stärker auf galizisch-habsburgische Traditionen fixierten Westukrainer. Über alle historischen Wechselfälle und unterschiedlichen Traditionen hinweg war das Gefühl einer ukrainischen Zusammengehörigkeit zwischen den Bewohnern der verschiedenen Regionen nie verschwunden. Ein entscheidender Grund für das Scheitern von Putins Neurussland-Operation im Frühjahr 2014.

Die unabhängige Ukraine erlebte unter wechselnden Präsidentschaften und Regierungskonstellationen Höhen und Tiefen eines gigantischen Veränderungsprozesses. Die Jahre einer wilden Privatisierung, das Aufkommen und die Präsenz von Oligarchen, die postsowjetische Erblast und Bestechlichkeit der neuen politischen Klasse, die Unentschlossenheit und Zerstrittenheit der alten demokratischen Opposition. Sie galt in den neunziger Jahren als „kranker Mann am Dnepr", um im nächsten Moment zu beweisen, dass es Kräfte einer zivilen Gesellschaft gab, die sich vom Ziel einer unabhängigen, demokratischen und sozial gerechten Ukraine nicht abbringen ließen. Diese Kräfte trieben Leonid Kutschma, den Nachfolger Krawtschuks, nach der Jahrtausendwende unter der Losung „Steh auf Ukraine" in die Enge und bereiteten den Majdan von 2004 vor.

In Moskau hatte mittlerweile Wladimir Putin seine Machtvertikale errichtet, er strebte nach den Jahren des Chaos und Niedergangs unter Jelzin eine Wiedergeburt des Russischen Imperiums an. Er machte sich die Schwäche und Erpressbarkeit des ukrainischen Präsidenten Leonid Kutschma zunutze, der nach Ablauf seiner zweiten Amtszeit mit dem Donezker Mafioso Viktor Janukowytsch einen für Moskau akzeptablen Nachfolger favorisierte. Vor den Präsidentschaftswahlen des Herbstes 2004 wurden Hunderte zusätzliche russische Geheimdienst- und PR-Spezialisten in der Kiewer Botschaft installiert, welche die Operation „befreundete Ukraine" organisierten. Vergeblich. Mit den Majdan-Protesten und der erzwungenen Wiederholung der Wahlen, mit Viktor Juschtschenko, musste Putin eine Niederlage einstecken, die er nie verzieh.


Foto: Alexey Druzhinin (picture alliance/Ria Novosti, 51450141)

Im August 2014 versuchte der weißrussische Präsident Lukaschenko zwischen Russland und der Ukraine zu vermitteln. Doch die sichtbar tiefe Kluft ließ sich nicht überbrücken.

Die Reformunfähigkeit der ukrainischen Eliten und die Zerstrittenheit der orangenen Führungsmannschaft sorgten 2010 für seine nächste Chance. Inzwischen saß Putin am historischen Großprojekt einer Eurasischen Union, für welches die Beteiligung der Ukraine unerlässlich war. Deren möglichen Reformweg in die Europäische Union galt es unter allen Umständen zu verhindern. Bereits im Georgienkrieg 2008 hatte das russische System unter Beweis gestellt, wozu es im Umgang mit abtrünnigen Teilen des Imperiums fähig war. Dem georgischen Gegenüber eine Falle zu stellen, zu provozieren, einzugreifen, sich hinterher als Schutzmacht und Friedensgarant aufzustellen – das ganze Repertoire politisch-geheimdienstlich-militärischer Operationen wurde aufgefahren. Zögern und Inkonsequenz bei den Reaktionen der westlichen Seite bestärkten Putin in dem Gefühl, Herr in seiner selbstdefinierten Interessensphäre zu sein.

Spielte sich Viktor Janukowytsch 2010 noch als Präsident aller Ukrainer auf, zeigte er binnen kurzer Zeit, was das Land unter seiner Präsidentschaft wirklich zu erwarten hatte. Vollmundige Versprechen von Stabilisierung und wirtschaftlichem Aufschwung nach dem Chaos der orangenen Kräfte verhallten. Was eintrat, war ein Austausch der führenden Oligarchen-Clans, zunehmender Druck auf die Medien und die zivile Gesellschaft, ein erneuter Kurs der Russifizierung, welcher die ukrainische Bildung und Kultur bedrohte. Während der Pate aus Donezk vor allem den eigenen Clan bediente und sich als pathologischer Kleptokrat erwies, versuchte er außenpolitisch an der Schaukelpolitik der ersten ukrainischen Präsidenten festzuhalten, um nicht vorschnell in den Rachen Russlands zu fallen. Kurz vor dem möglichen Abschluss eines Assoziierungsabkommens mit der Europäischen Union zog Putin die Daumenschrauben an und zwang Janukowytsch zur Absage an die Unterzeichnung.

Völlig überrascht vom Ausmaß der folgenden Proteste versuchte Janukowytsch, diese zunächst auszusitzen, während sich die russische Seite bereits in Stellung brachte. Putin hatte sich in Russland eine störungsfreie dritte Präsidentschaft sichern wollen und wurde durch die Wahlproteste von 2011/2012 mehr als aufgeschreckt. Bessere Mittel zur dauerhaften Eindämmung dieser Proteste als eine nationalistisch aufgeheizte Dauerstimmung und die Präsentation als erfolgreicher, starker Führer konnte es nicht geben. Ein Erfolg der Majdan-Proteste hätte dieses Bild in Trümmer gelegt und den kritischen Kräften im eigenen Land neuen Auftrieb gegeben. Gegen die zu Beginn völlig friedlichen Proteste wurde eine Propagandalawine größten Ausmaßes ins Rollen gebracht, weit über Russland und die russischen Medien hinaus. Marginale rechtsnationale und militante Kräfte wurden zu Unrecht zur faschistischen Hydra stilisiert, welche das ganze Land beherrsche. Der erst mit dem Überhandnehmen staatlicher Gewalt in den Januartagen präsente „Rechte Sektor" war und ist jedoch allenfalls eine fluktuierende Allianz nationalistischer Kleinstgruppen. Nur an dessen extremem Rand und in weiteren kleinsten Grüppchen lassen sich ukrainische Neonazis finden, die mit den viel zahlreicheren russischen Neonazis wahlweise Krieg spielen oder Kumpanei betreiben.

Die überwiegende Mehrzahl der Majdan-Aktivisten steht für eine demokratische, tolerante ukrainische Staatsbürgernation. Auf dem Majdan wurde Ukrainisch, Russisch, Polnisch, wurden viele andere Sprachen gesprochen. Zu den Initiatoren und den Toten des Majdan gehörten außer Ukrainern auch Russen, Belarussen, Georgier, Armenier und Krimtataren. Die Wahlergebnisse der Präsidentschaftswahlen im Mai machten deutlich, wie marginal die Rolle der Swoboda-Partei und einzelner rechtsnationalistischer Vertreter ist. Nationalismus, Xenophobie und Antisemitismus sind in Russland viel verbreiteter als in der Ukraine, angeheizt durch die offizielle nationalistische und chauvinistische Politik.

Als der Versuch scheiterte, Janukowytsch noch länger an der Macht zu halten, und er sich Hals über Kopf nach Russland absetzte, nachdem die Todesschützen ihre Arbeit getan hatten, zeigte das russische System unter Putin, wozu es propagandistisch und faktisch noch fähig war: Plötzlich sollte in Kiew eine „faschistische Junta" an die Macht geraten sein, waren die eigenen Landsleute in der Ukraine in Gefahr und musste die Krim wieder mit Russland zusammengeführt werden. Diese völkerrechtswidrige Annexion und noch mehr die folgende Operation Nowo Rossija (Neurussland), der Versuch, den Süden und den Osten der Ukraine zur Sezession zu treiben, führten endlich zu Reaktionen des Westens. Mit großer Verspätung und immer noch halbherzig kam es zu Sanktionen, die Russland den politischen und wirtschaftlichen Preis einer solchen Politik zeigten. Das Scheitern des sezessionistischen Abenteuers, das Schrumpfen der Operation Nowo Rossija auf ihren terroristischen Kern im äußersten Osten der Ukraine entspannte die internationale Gefahrenlage nicht im Geringsten. Dessen wurden sich allmählich immer mehr Menschen in den europäischen Gesellschaften, wurden sich konservative, liberale und sozialdemokratische Kräfte in den Ländern der europäischen Gemeinschaft bewusst. Aufgeschreckt aus der Fixierung auf die eigenen Probleme, aus Dämmerschlaf und Desinteresse, zeigen sich die westlichen Nationen endlich bereit zu wirksamen Sanktionen, einer konsequenteren Politik gegenüber Moskau und einer langfristigen Unterstützung der Ukraine auf ihrem schweren Reformweg. Russland drohte zu Recht die internationale Ächtung und Isolation.

Der sicheren Anerkennung und Unterstützung von zwei diametralen Seiten konnte sich Putin allerdings die ganze Zeit gewiss sein: Rechtsgerichtete Populisten, Neonazis – und Mitglieder der deutschen Linkspartei kamen als „Wahlbeobachter" auf die Krim und bestätigten die Ergebnisse des vorgeblichen Referendums zur

Abspaltung. Marine Le Pen, deren Wahlerfolg in Frankreich Schlimmstes befürchten ließ, himmelt Putin als starken nationalen Führer an und findet seine Politik völlig in Ordnung. Rechtsextremisten aller europäischen Nationen tummeln sich in Russland und verbrüdern sich dort mit Gesinnungsgenossen.

Man kann die Reden, Auftritte und Statements von Sahra Wagenknecht, Ulla Jelpke, Gregor Gysi und anderen Prominenten der Linkspartei durchgehen und findet dort ein Nachbeten russischer Propagandalügen über die faschistische Hydra, die in Kiew ihr Haupt erhebe, die untrennbare Verbundenheit Russlands mit der Ukraine, die Zuschreibung der Verantwortung für die Konflikte auf die westliche Seite, vor allem natürlich die USA. In einem Beschluss des Berliner Linken-Parteitages vom 10. Mai 2014 heißt es zum Beispiel: „Anders als es die Bundesregierung darstellt, ist nicht in erster Linie Russland für die Zuspitzung der Situation um die Ukraine verantwortlich. Schon die Bejahung einer Auflösung des Warschauer Vertrages bei gleichzeitiger Ablehnung der Auflösung der NATO verhinderte den Aufbau eines gemeinsamen Hauses Europa" Und weiter: „Ein schwerer Fehler der demokratischen Kräfte auf dem Maidan war allerdings, die Mitwirkung der faschistischen Partei Svoboda und anderer Kräfte des rechten Sektors zu akzeptieren. Nicht minder verwerflich war es, dass der Westen, auch die Bundesregierung, trotz dieses starken faschistischen Einflusses dem nicht entschieden entgegentrat, sondern die gewaltsamen Proteste bis zuletzt anfeuerte. Dadurch haben sie dazu beigetragen, Faschisten salonfähig zu machen." Wenn da ein besorgter Kommentator im *Tagesspiegel* lediglich von unklugen und polemischen Äußerungen spricht, verkennt er den inneren Zusammenhang und die fatale Tragweite dieser Positionen.

Wer in der Sowjetunion die bessere, aber leider gescheiterte Alternative zum kapitalistischen System sah, wird die Feststellung Putins vom Zerfall der Sowjetunion als größter Katastrophe des 20. Jahrhunderts positiv aufnehmen. Er wird dann auch allen Versuchen zur Wiederherstellung dieses Machtbereiches, ob als eurasischer Union oder direkter Einflusssphäre Moskaus, Verständnis entgegenbringen. Auf einer Pressekonferenz in Berlin Mitte März 2014 betonte Partei-Vize Sahra Wagenknecht, ein Anschluss der Krim an Russland nach einem Referendum auf der Halbinsel müsse akzeptiert werden.[1] Zugleich äußerte Wagenknecht Verständnis für Ängste Russlands, die unter anderem begründet seien durch eine mögliche Aufnahme der Ukraine in die Nato. Das Interesse Russlands in der Region sei zu berücksichtigen. Der Einmarsch russischer Soldaten auf der Krim sei zwar ein Bruch des Völkerrechts, jedoch auch eine „Reaktion auf eine Fehlentwicklung" – die Einsetzung der Übergangsregierung in Kiew.

Wer zugleich in den USA, jenseits aller berechtigten Kritik, den Hort alles Bösen sieht und altlinks-antikapitalistischer Manier in der Europäischen Union ein System erblickt, das vom Kopf auf die Füße zu stellen und durch ein „neues Europa" zu ersetzen sei, findet sich in unmittelbarer Nachbarschaft rechter und rechtsextremer Europaverächter und Europagegner. Eine Europagegnerschaft, auf die Putin mit vollem Kalkül setzt, wenn es darum geht, dem vermeintlich „schwulen und dekadenten Bordell" der Europäischen Union die wahren Werte eurasischer Zivilisation entgegenzusetzen.

Zugleich spricht Putin heuchlerisch davon, die Ukraine sei in einem blutigen Chaos versunken, in einen Bürgerkrieg verstrickt, und bietet humanitäre Hilfe an. Die gesamte Politik Putins ist von der Maxime geleitet, lieber eine kaputte Ukraine als eine unabhängige Ukraine vor sich zu haben. Mit dieser Haltung findet er die Unterstützung der Linkspartei. Ihre Anhänger waren auch unter den Besuchern einer Wahlkampfveranstaltung der SPD, die im Mai 2014 auf dem Berliner Alexanderplatz den deutschen Außenminister Frank-Walter Steinmeier als Kriegstreiber niederbrüllten. Dem nun wirklich moderaten Steinmeier, der sich unzählige Male vergeblich an seinem russischen Amtskollegen Sergej Lawrow abgearbeitet hatte, platzte der Kragen und er rief zurück: „Ihr solltet euch überlegen, wer hier die Kriegstreiber sind. Wer eine ganze Gesellschaft als Faschisten bezeichnet, der treibt den Krieg, der treibt den Konflikt."

Ein Treppenwitz der Geschichte war schließlich die Ablehnung der Leipziger Linken, den Oberbürgermeister ihrer Partnerstadt Kiew, Vitali Klitschko, zum 25-jährigen deutschen Revolutionsjubiläum in die Stadt einzuladen. „Klitschko hat hier nichts zu suchen", tönte Linken-Stadtchef Volker Külow anlässlich einer Friedenskundgebung am 30. Mai 2014.[2] „Mit seiner Anwesenheit würde der demokratische Geist vom Leipziger Herbst 1989 ad absurdum geführt." Klitschko habe die Situation auf dem Majdan angeheizt, direkt zum gewaltsamen Sturz des damaligen Präsidenten aufgerufen und unverhohlen mit den ukrainischen Faschisten paktiert, meinte Külow.

Doch mit ihren Forderungen, die Positionen der russischen Seite zu verstehen und zu akzeptieren, der Ukraine keine Unterstützung zu gewähren und von allen Sanktionen abzusehen, stellt die Linkspartei, wie auf anderen außenpolitischen Feldern, ihre komplette Verantwortungslosigkeit und Politikunfähigkeit unter Beweis. Sie dürfte damit selbst den letzten Befürwortern einer künftigen rot-rot-grünen Regierungspartnerschaft im Bund, in Thüringen und anderswo den Boden unter den Füßen wegziehen. WT

1 Vgl. http://www.tagesspiegel.de/politik/krim-krise-sahra-wagenknecht-warnt-vor-dem-dritten-weltkrieg/9605202.html.

2 http://www.die-linke-in-leipzig.de/home/home/aktuell/detail/zurueck/home-neu-1/artikel/rede-von-dr-volker-kuelow-zur-friedenskundgebung-am-30-mai/



Foto: Vlad Musienko

Der Kiewer Majdan zum Höhepunkt der Euromajdan-Proteste Anfang 2014.